

Zahlen und Fragezeichen

Die Minister Asselborn und Cahen beziehen Stellung zur Flüchtlingsfrage

VON DANI SCHUMACHER

Im vergangenen Jahr ging die Zahl der Asylbewerber leicht zurück. Allerdings sieht sich die Regierung mit zwei neuen Phänomenen konfrontiert: Es kommen mehr „Dubliner“ und es werden mehr Flüchtlinge anerkannt.

Im vergangenen Jahr haben 2 035 Personen in Luxemburg um Asyl gebeten. Ein Jahr zuvor, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, waren es noch 2 447. Doch für eine Entwarnung ist es noch zu früh. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres wurden bereits 461 Antragsteller bei der Immigrationsbehörde vorgestellt.

Dabei fällt auf, dass die meisten Personen, die in den letzten Mo-

aus den Balkanstaaten steigt seit geraumer Zeit wieder deutlich an.

Damit es mit der schnellen Rückführung auch klappt, wird zur Zeit die Messehalle 6 auf Kirchberg in ein provisorisches Abschiebezentrum umgebaut. Die „structure d'hébergement d'urgence“ soll ab April betriebsbereit sein. Allerdings sollen ausschließlich Personen ausgewiesen werden, für die eine Bestätigung vorliegt, dass ihre Heimatländer oder die EU-Länder, in denen sie ursprünglich um Asyl gebeten hatten, sie wieder aufnehmen. Wie Minister Asselborn betonte, soll die gesamte Prozedur maximal zwei Wochen dauern.

Zu wenig Details

Das neue Zentrum auf Kirchberg war auch Gegenstand der Diskussionen im Parlament. Für die Mitglieder des Außenausschusses und der Familienkommission bleiben nämlich viele Fragen offen. So vermisst der außenpolitische Sprecher der CSV, Laurent Mosar, konkrete Details zur Funktionsweise des Zentrums. Es sind vor allem die Sicherheitsfragen, die den Oppositionspolitiker beschäftigen. Da es sich um eine halb offene Struktur handele, bestehe die reale Gefahr, dass die abgewiesenen Flüchtlinge während ihres Aufenthalts abtauchen, befürchtet Mosar.

Auch Claude Adam (Déi Gréng) sieht das neue Konzept mit gemischten Gefühlen. Er will allerdings erst einmal abwarten, bis erste Erfahrungswerte vorliegen. Eugène Berger (DP) hegt ebenfalls Bedenken, hofft aber, dass die konsequente Anwendung des neuen Eilverfahrens und die schnelle Ausweisung Wirkung zeigen und dass die Maßnahmen potenzielle Antragsteller aus den Balkanländern in Zukunft davon abhalten werden, in Luxemburg um Asyl zu bitten. Der Präsident des Außenausschusses, Marc Angel (LSAP), wertet das Eilverfahren ebenfalls eher positiv.

Mehr anerkannte Flüchtlinge

Es gibt aber noch ein neues Phänomen in der Flüchtlingsfrage. Es werden weitaus mehr Antragsteller als Flüchtlinge anerkannt, als dies z. B. in den Jahren 2011-2012 der Fall war, als die Zahlen der Anträge ebenfalls beträchtlich in die Höhe geschneit waren. Im vergangenen Jahr fällte die Immigra-

tionsbehörde insgesamt 2 319 Entscheidungen: Fast ein Drittel der Betroffenen haben das Flüchtlingsstatut (764) erhalten. Das bedeutet, dass sie dauerhaft in Luxemburg bleiben werden und in die Gesellschaft integriert werden müssen. Damit dies gelingt, müssen sie zunächst eine Wohnung



Ministerin Corinne Cahen sucht nach weiteren Unterkünften für die Flüchtlinge.

und einen Job finden. Beides erweist sich als sehr schwierig. Angesichts der Wohnungsnot in Luxemburg, sieht sich ein Großteil der anerkannten Flüchtlinge gezwungen, in den Auffangstrukturen zu bleiben. Etwa 800 anerkannte Flüchtlinge leben weiter in den verschiedenen Unterkünften.

Neue Strukturen

Es müssen also zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wie Integrationsministerin Corinne Cahen betonte, kamen im vergangenen Jahr 1163 Betten hinzu, allerdings mussten auch einige Strukturen geschlossen werden. Insgesamt stehen dem OLAI 3 042 Betten zur Verfügung.

Es sind denn auch die Kapazitäten in den Auffangstrukturen, die den Abgeordneten die Sorgenfalten auf die Stirn treiben. Da sich die Flüchtlingswelle zu einem dauerhaften Zustrom entwickelt habe, müsse man auf der Hut bleiben, gibt Claude Adam zu bedenken. Mit provisorischen Strukturen sei es auf lange Sicht nicht mehr getan. Claude Adam und Eugène Berger sind sich aber auch bewusst, dass die Kommunen in einem Wahljahr nicht unbedingt Schlange stehen, um neue Flüchtlingsstrukturen zu errichten.

Zu den Kapazitäten befragt, verweist Laurent Mosar auf die Familienzusammenführung. Über dieses Problem habe sich die Regierung anscheinend noch nicht all zu viele Gedanken gemacht, moniert der CSV-Politiker. Für Fernand Kartheiser (ADR) ist die Regierung bei der Unterbringung der Flüchtlinge schlicht überfordert.

Die große Unbekannte ist derzeit allerdings die Türkei. Nach den Ereignissen der letzten Tage müsse die Frage erlaubt sein, was denn nun mit dem Türkei-Deal passiert, geben die Abgeordneten zu bedenken. Sollte die Türkei die Grenzen wieder öffnen, könnten sich sämtliche Anstrengungen der vergangenen Monate recht schnell als ungenügend erweisen.



Außenminister Asselborn hält an der „Relocation“ und am „Resettlement“ fest. (FOTOS: J. VALENTE)

naten in Luxemburg um Schutz gebeten haben, bereits in einem anderen EU-Land einen Asylantrag gestellt hatten: „Fast 80 Prozent der Schutzsuchenden fallen unter das Dublin-Abkommen“, so Außenminister Jean Asselborn gestern gegenüber der Presse. Zuvor hatte er zusammen mit Integrationsministerin Corinne Cahen das Parlament informiert.

Und genau dieses Phänomen bereitet den zuständigen Behörden im Moment Sorgen. Zwar haben die sogenannten „Dubliner“ keine Chancen, in Luxemburg bleiben zu können, doch ihre Anträge müssen entgegengenommen und geprüft werden. Der Arbeitsaufwand ist hoch. Und, sie müssen wieder in die EU-Länder zurückgebracht werden, in denen sie ihren ersten Antrag eingereicht hatten.

Dies sind denn auch die Ursachen, die die Regierung Anfang des Jahres zum Umdenken gezwungen hatten. Seit dem 9. Februar greift das im Asylgesetz vom Dezember 2015 vorgesehene neue Eilverfahren, die sogenannte „procédure ultra-accelerée“. Es soll verhindert werden, dass Asylbewerber, die keine Chance auf Anerkennung haben, sich falsche Hoffnungen machen, und sie sollen nicht erst in den Flüchtlingsstrukturen untergebracht, sondern so schnell wie möglich zurückgeschickt werden. Visiert sind einerseits die sogenannten Dubliner und andererseits Antragsteller aus sicheren Herkunftsländern. Vor allem die Zahl der Asylbewerber

Asyl 2016

- **2 035 Asylbewerber**, davon:
 - 289 Syrer (14,2 %)
 - 226 Albaner (11,1 %)
 - 208 Kosovaren (10,2 %)
 - 161 Iraker (7,9 %)
 - 153 Serben (7,5 %)
- **764 Flüchtlinge wurden anerkannt** (32,9 %), davon:
 - 538 Syrer
 - 93 Iraker
 - 23 Eritreer
 - 19 Staatenlose
 - 15 Afghanen
- **438 Anträge wurden abgelehnt** (18,8 %)
- **569 Rückführungen**, davon
 - 456 freiwillig
 - 113 gezwungen

LEITARTIKEL

Die Stiefmutter

JEAN-LOU SIWECK



„Der Finanzplatz betrachtet die Luxemburger Justiz seit jeher eher argwöhnisch.“

in einer aktiven Gestaltung einer günstigen Gesetzeslage. Doch die Gerichtsbarkeiten wurden nicht wirklich in diese Strategie eingebunden. Dies unterscheidet Luxemburg von dem US-Staat Delaware oder auch den Niederlanden. Hier wurde die Erlassung eines attraktiven Gesellschaftsrechts ganz gezielt durch den Aufbau spezifischer Kompetenzen im Justizapparat begleitet. In Luxemburg wurde die Verstärkung von Staatsanwaltschaft und Gerichten hingegen weniger als wichtiger Pfeiler eines vertrauenswürdigen Finanzplatzes, denn als lästige Pflicht aus Imagegründen angesehen.

Ein Beispiel in diesem Sinne betrifft das Problem der Steuerhinterziehung. Jahrzehntlang galt die Überzeugung, diese sei in Luxemburg keine Straftat. Somit könne die Justiz bei einem Verdacht auch nicht das Bankgeheimnis aufheben. Auf internationalen Druck hin wurde jedoch 1993 der Begriff des „Steuerbetrugs“ erfunden. Dieser sollte sicherstellen, dass die Justiz sich höchstens bei außergewöhnlich hohen Beträgen einschalten würde. Doch war auf dem Finanzplatz die Angst groß, die Definition eines „montant significatif“ könne in den Augen eines Richters sehr viel tiefer ausfallen als in jenen eines Bankers. Im Endeffekt kam es sogar noch schlimmer. Als 2002 ein erstes Urteil in dieser Frage fiel, erklärten die Richter sich auch für „einfache“ Steuerhinterziehung zuständig!

Der gewisse Grad an Stiefmütterlichkeit, mit dem die Justiz im Rahmen des Ausbaus des Finanzplatzes über Jahrzehnte hinweg behandelt wurde, hat Gerichte und Staatsanwaltschaft eindeutig geschwächt – und im Endeffekt auch den Standort Luxemburg. Aber wenigstens hat diese Distanz gleichzeitig den Gerichtsbarkeiten eine große Unabhängigkeit von den Geschäftsinteressen gelassen. Und dies ist auch gut so.

Die internationalen Kämpfer für mehr Steuerrechtlichkeit sind eine sonderbare Truppe. Nur zu gerne beschuldigen sie Luxemburg aller möglichen Missetaten (zu oft übrigens zu recht). Doch dann sind sie sich wiederum nicht zu schade, die Politik dazu aufzurufen, auf die Justiz Einfluss zu nehmen, damit diese ihre Helden Antoine Deltour und Raphael Halet im „Luxleaks“-Prozess schadensfrei halte. Als wenn sie in ihren Heimatländern die Erfahrung gemacht hätten, die Sache mit der Unabhängigkeit der Gerichte sei eher relativ zu sehen.

Ohne große Überraschung stößt das „Luxleaks“-Urteil in diesen Kreisen auf große Kritik. Für sie galt nur der Freispruch. Dabei ist den beiden Angeklagten ein erstaunlich großes Verständnis seitens der Richter zuteilgeworden. Wie der Anwalt von Deltour eingestehen musste: Zum allerersten Mal hat ein nationales Gericht in Europa einen Angeklagten trotz eines einschlägigen Straftatbestands als „Whistleblower“ anerkannt und aus diesem Grund in weiten Teilen freigesprochen. Und dies obwohl die Taten außerhalb des vom Luxemburger Gesetz gedeckten Schutzes von „Whistleblowern“ liegen. Das Urteil lässt demnach nur eine Schlussfolgerung zu: Die Richter standen ganz sicher nicht aufseiten des Finanzplatzes.

In den Banken sowie bei den „Big Four“ und Geschäftsanwälten dürfte der Schock tief sitzen. Obwohl, eigentlich wurden nur ihre Befürchtungen bestätigt. Denn die Luxemburger Justiz wird von dieser Seite seit jeher eher argwöhnisch betrachtet.

Der Finanzplatz findet zwar seinen Ursprung in großen Teilen

■ jean-lou.siweck@wort.lu

Lesen Sie übers Wochenende bei Wort+



Ferrero baut am Findel 500 Meter vom Terminal des Flughafens Findel entfernt die neue Firmenzentrale des italienischen Süßwarenherstellers. (Sonntag, 12 Uhr)



Das Grand-Hotel Alfa Was macht dieses Hotel so sonderbar? Ein Blick zurück, aber auch auf und hinter die Fassade. (Sonntag, 20 Uhr)